

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausaallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Hans-Jürgen Wischniewski
MdB, Stellvertretender
Vorsitzender der SPD, zu
den bevorstehenden Koali-
tionsverhandlungen: Über-
einstimmung voll nutzen.
Seite 1/2

Dietrich Stobbe, Regieren-
der Bürgermeister von Ber-
lin, sieht durch die Erhö-
hung des Mindestumtausches
in der DDR das Vertrauen
in die Verträge erschüt-
tert: Ein Schlag gegen die
Entspannung.
Seite 3-5

Hans de With MdB, Parla-
mentarischer Staatssekre-
tär beim Bundesminister
der Justiz, untersucht den
ZdK-Entwurf eines Mani-
festes zu Ehe und Familie:
"Zieh zuerst den Balken
aus Deinem Auge..."
Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 205 / 24. Oktober 1980

Übereinstimmung voll nutzen

Koalition muß auf Vertrauen und Zusammenarbeit gründen

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD.

In der kommenden Woche beginnen die Koalitions-Gespräche zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten. Sie sind für die nächsten vier Jahre für die Politik unseres Landes von entscheidender Bedeutung. SPD und FDP sind zwei völlig eigenständige, voneinander unabhängige und in einer Reihe von Fragen sogar sehr unterschiedliche Parteien. Aber beide haben den Willen und auch die Kraft, die bestehenden Übereinstimmungen voll zu nutzen und in den Fragen, in denen Übereinstimmung nicht gegeben ist, redlich um einen für alle Beteiligten tragbaren Kompromiß bemüht zu sein.

Wir erkennen neidlos an, daß die FDP bei diesen Bundestags-
wahlen besonders gut abgeschnitten hat. Die FDP aber wird
nicht vergessen, daß die Koalition nun 262 Abgeordnete
stellt, davon die SPD 228, das sind 80 Prozent, und die
FDP 54, das sind 20 Prozent.

Aber unsere Koalition darf nicht auf Zahlen ausgerichtet
sein, sondern auf Vertrauen und Zusammenarbeit. Die größte
Gruppe in unserer Gesellschaft sind die Arbeitnehmer und ihre
Familienangehörigen und diejenigen, die ein Arbeitsleben



bereits hinter sich haben. Ihre Interessen werden weitgehend durch die Gewerkschaften vertreten. Gegenüber dieser Gruppe unserer Gesellschaft haben wir Sozialdemokraten eine besondere Verpflichtung und tragen eine ganz besondere Verantwortung.

In unserem Lande gibt es mehr politische und wirtschaftliche Stabilität als in vielen anderen vergleichbaren Industrieländern. Sie beruht zu einem großen Teil auf dem Verantwortungsbewußtsein unserer Gewerkschaften und darauf, daß die politisch Verantwortlichen ihren Beitrag leisten, um dieses Verantwortungsbewußtsein weiterhin zu erhalten. Wenn wir uns in dieser Grundhaltung einig sind, dann müßten auch Wege gefunden werden für die hierfür notwendigen Sachentscheidungen.

Für uns Sozialdemokraten ist das Wahlprogramm 1980 "Sicherheit für Deutschland", das der Außerordentliche Parteitag am 9. und 10. Juni dieses Jahres in Essen beschlossen hat, Verhandlungsgrundlage. In der Einleitung zu diesem Programm heißt es:

"Aber niemand kann vorhersagen, wie sich die Lage in der Welt und die Weltwirtschaft im nächsten Jahrzehnt verändern werden. Deshalb ist selbstverständlich, daß alle unsere politischen Vorhaben in die jeweilige ökonomische Gesamtlage - besonders in die Lage der Staatsfinanzen - eingepaßt werden müssen. Unter diesen Vorbehalt müssen wir unsere Politik stellen."

Diese Aussage, die wir rechtzeitig vor den Bundestagswahlen deutlich gemacht haben, hat heute ihr ganz besonderes Gewicht. Ein weiteres wichtiges Dokument ist das sehr sorgsam erarbeitete "Programm zur zukunftsgerechten Weiterentwicklung der Alterssicherung". Hier geht es auch um die Erfüllung eines Auftrags des Bundesverfassungsgerichts. Aber auch hier wird die solide Finanzierung im Vordergrund stehen.

Die Welt ist voller Kriege und Krisen. Die Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit im Bereich Frieden und Sicherheit ist daher von entscheidender Bedeutung. Der Politik der beiderseitigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle kommt noch größere Bedeutung zu. SPD und FDP werden ihre Gespräche führen und die notwendigen Entscheidungen treffen im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, seiner Menschen und unserer Verantwortung vor der Welt.

(-/24.10.1980/bgy/ca)

+ + +



Ein Schlag gegen die Entspannung

Die DDR hat das Vertrauen in die Verträge erschüttert

Von Dietrich Stobbe

Regierender Bürgermeister von Berlin

Die Anordnung der DDR-Regierung über die Erhöhung der Mindestumtauschsätze kam für Senat, Bundesregierung und unsere alliierten Freunde überraschend; es gab keine vorhergehenden Konsultationen, es gab weder formelle und informelle Hinweise.

Diese Maßnahme ist so empörend, daß wir deutlich sagen wollen, was wir von ihr halten:

Diese Maßnahme ist ein Schlag gegen die Entspannung, weil sie das Vertrauen in die Tragfähigkeit und die Haltbarkeit von geschlossenen Vereinbarungen tief erschüttert.

Diese Maßnahme ist unmenschlich, weil sie sich gegen Bürger diesseits und jenseits der Mauer richtet, die sich treffen und die miteinander sprechen wollen.

Diese Maßnahme ist unsozial, weil sie die finanziell Schwachen, nämlich Rentner, Jugendliche und große Familien härter trifft als andere.

Diese Maßnahme verletzt bindendes Vertragsrecht, weil sie den Reise- und Besucherverkehr nicht erleichtert und verbessert, sondern drastisch erschwert.

Diese Bewertungen, weitreichend in ihrer politischen Bedeutung hinsichtlich der Chancen und Risiken einer zukünftigen Politik der Verständigung und des Interessenausgleiches, gebieten auf unserer Seite, in allen politischen Lagern, bei allen Bürgern, nur eine Antwort:

Wir verurteilen auf das schärfste diese drastische Erhöhung des Mindestumtausches durch die Regierung der DDR als einen Akt, der sich gegen die Freiheit, gegen die Nation und gegen die einfachsten Gebote der Menschlichkeit in einem geteilten Land richtet.

Begründet wird der Schritt der DDR mit dem angeblich gestiegenen Wert der DDR-Mark, den inflationistischen Tendenzen im Westen und der Notwendigkeit, Spekulationen zu verhindern. Offenkundig ist aber, daß die Begründung fadenscheinig ist, abwegig bis zur Albernheit, wie der Bundeskanzler gesagt hat. Wenn die Regierung der DDR sich mit ihrer Währung so stark fühlt, wie sie das in ihren Verlautbarungen zum Ausdruck bringt, dann soll sie ihre Währung international konvertierbar machen. Vieles im innerdeutschen Verhältnis würde dann anders, namentlich der 1:1-Verrechnungsmodus beim innerdeutschen Handel.

Die Führung der DDR unterliegt einem folgeschweren Irrtum, wenn sie die Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mit den Beziehungen zu anderen Staaten gleichsetzt. Wir verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß sie die im Grundlagenvertrag und im Viermächte-Abkommen zum Ausdruck kommenden Sondertatbestände im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander in ihrem praktischen Verhalten voll respektiert, denn dies ist eine Voraussetzung zur Aufrechterhaltung der Entspannungspolitik überhaupt.

Deshalb stelle ich mit aller Deutlichkeit fest, daß wir uns zu keinem Zeitpunkt auf eine Ebene begeben werden, welche die Grundlage verletzt, die in den letzten zehn Jahren die Entspannungspolitik gerade in Mitteleuropa zu einem so erfolgreichen Instrument der Friedenssicherung hat werden lassen. Es mag sein, daß sich die Regierung der DDR genötigt



sieht, diese Phase der Entspannungspolitik jetzt zu unterbrechen. Aber es wird ihr nicht gelingen, auch wenn sie sich noch so sehr anstrengt, sich aus der deutschen Nation davonzustehlen.

Die Anordnung der DDR-Regierung kommt einer Verhinderung des Besucherverkehrs sehr nahe. Wir haben in den ersten zehn Tagen einen durchschnittlichen Rückgang der beantragten Tagesbesuche von fast 60 Prozent registrieren müssen. 1973, als die DDR bereits einmal den Mindestumtausch heraufsetzte, waren es knapp 40 Prozent.

Wenn eine Einzelperson die in der Vereinbarung mit der DDR vorgesehenen 30 Besuchstage im Jahr ausschöpfen will, bedeutet dies allein an Mindestumtausch einen Betrag von 750 DM; die Durchschnittsfamilie mit zwei heranwachsenden Kindern müßte zwischen 1.950 DM und 3.000 DM aufwenden, nicht gerechnet alle anderen Kosten vom Fahrgeld bis zu den Geschenken.

Ich habe deshalb die Ostberliner Maßnahme noch am 9. Oktober sofort verurteilt und ihre Rücknahme verlangt. Ich habe unverzüglich mit der Bundesregierung Kontakt aufgenommen und gebeten, in dieser Sache für Berlin mit tätig zu werden. Die Alliierten sind so gleich unterrichtet worden, und der Besuchsbeauftragte hat noch am Abend des 9. Oktober um ein Gespräch mit der anderen Seite gebeten. Das Gespräch hat am 10. Oktober stattgefunden; ein weiteres inzwischen am 20. Oktober. Ebenso hat Staatssekretär Gaus bei den DDR-Behörden noch am 10. Oktober gegen die Neuregelung protestiert und ihre Rücknahme gefordert. Die Alliierte Kommandantur hat bereits am 10. Oktober die Verminderung der Reisemöglichkeiten verurteilt. Ich habe am gleichen Tag mit den Stadtkommandanten und den drei Gesandten gesprochen und sie gebeten, auf ihrer Ebene das Mögliche und Notwendige zu tun. Der Bundesaußenminister hat den sowjetischen Botschafter Semjonow auf das Thema angesprochen, und der Ständige Vertreter der DDR ist in das Bundeskanzleramt bestellt worden. Am 12. Oktober habe ich mit dem Bundeskanzler die Lage und das weitere Vorgehen intensiv erörtert. Weiter ist mit den Fraktionen des Abgeordnetenhauses gesprochen worden, gleich am Freitag vor vierzehn Tagen mit den Fraktionsvorsitzenden und am Montag darauf im Gesamtberliner Ausschuß.

Wir haben ein klares Ziel: Die von der DDR angeordnete Erhöhung des Mindestumtausches muß zurückgenommen werden.

Unsere Argumentation gegen die Erhöhung des Mindestumtausches ist humanitär, sozial und politisch begründet. Gleichwohl möchte ich klarstellen, daß der Protest gegen die Ostberliner Maßnahme auch im rechtlichen und völkerrechtlichen Zusammenhang gerechtfertigt ist. Seinerzeit ist in den Verhandlungen zwischen den Beauftragten beider Seiten der Abschluß der Vereinbarung über den Reise- und Besucherverkehr auf unserer Seite davon abhängig gemacht worden, daß Rentner und Jugendliche vom Mindestumtausch befreit sind und die Sätze eine erträgliche und akzeptable Höhe nicht überschreiten. Die DDR hat daraufhin eine Mindestumtauschregelung mitgeteilt, die wir akzeptiert haben.

Die neue Anordnung steht auch nicht mit dem Grundlagenvertrag und der in diesem Zusammenhang getroffenen Absprache über den Besucher- und Reiseverkehr in Übereinstimmung.

Diese neue Regelung widerspricht ferner den in der KSZE-Schlußakte getroffenen Festlegungen, denn dort heißt es in dem Abschnitt "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen", daß sich die Teilnehmerstaaten das Ziel setzen, eine freie Bewegung der Menschen zu ermöglichen, die Regelungen hierfür zu verbessern, und zwar unter gegenseitig annehmbaren Bedingungen.



Wir haben 31 Jahre miterlebt, wie diese Deutsche Demokratische Republik um internationale Reputation bemüht ist, ja wie sie geradezu zwanghaft neurotisch darauf pocht, ein souveräner Staat zu sein, der oft genug selbst die Behauptung verbreiten ließ, vertragstreu bis zum i-Tüpfelchen zu sein. Die Wahrheit ist, daß die Führung der DDR mit dieser neuen Maßnahme ihrem eigenen Bemühen um Glaubwürdigkeit einen Schlag versetzt hat, weil sie nun auf breiter Front mit ihrer Vertragsuntreue konfrontiert werden muß; wenn Verträge mit ihr überhaupt einen Sinn behalten sollen.

Für mich ist das Entscheidende, daß die DDR ein Kernstück der Entspannung torpediert hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die DDR-Führung diese Maßnahme zu einem Zeitpunkt getroffen hat, in dem der Dialog zwischen beiden Weltmächten gestört ist, nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, inmitten der anderen Krisen im Mittleren und Nahen Osten und angesichts ungeklärter Rüstungsfragen, die für das militärische und politische Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt entscheidend sind.

Herr Honecker hat in Gera ganz klar gesagt, worum es wirklich geht: Daß die Staaten des Warschauer Paktes es als ihre Aufgabe ansehen, angesichts des sozialen Wandels hin zu mehr Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in Polen in fester Einheit und Entschlossenheit allen Einmischungsversuchen "ausländischer Reaktionäre" entgegenzutreten.

Hierzu stelle ich fest, daß für uns das Prinzip der Nichteinmischung gilt. Wir wissen, daß wir nichts tun können. Und wir wissen, daß wir im Interesse des Friedens auch nichts tun dürfen.

Aber dieses Prinzip der Nichteinmischung kann und wird uns nicht davon abhalten, das Ringen um mehr Freiheit und mehr soziale Gerechtigkeit in einer Gesellschaft, die sich sozialistisch nennt, mit Sympathie und Solidarität zu verfolgen.

Mehr Freiheit und mehr soziale Gerechtigkeit sind auch Leitmotiv unserer Politik gegenüber der DDR, wenn wir schon damit leben müssen, daß die Einheit auf absehbare Zeit nicht erreichbar ist. Deutsche Entspannungspolitik muß den Interessenausgleich so gestalten, daß sie für die Menschen in unserem geteilten Land greifbare, erfahrbare, erlebbare Ergebnisse im Sinne von mehr Menschlichkeit und mehr Freiheit hat.

Wir haben uns zu fragen, wie wir reagieren wollen, welche Politik wir betreiben müssen und welche Möglichkeiten uns offenstehen.

Wir haben immer gewußt und immer gesagt, daß eine Politik, die auf mehr Kooperation abzielt und diese auch tatsächlich erreicht hat, den Interessenausgleich partiell und selektiv herbeiführt, gleichzeitig mit einem Andauern der Konfrontation, vor allen Dingen im ideologischen Bereich rechnen muß. Wir sollten deshalb auch in aller Offenheit aussprechen, daß der gegenwärtige Rückschlag vor allen Dingen damit etwas zu tun hat, daß der soziale Wandel in Polen entspannungsfeindliche Reaktionen der kommunistischen Führungen in Osteuropa nach sich zieht.

Wir müssen an der Entspannungspolitik festhalten - allgemein, und ganz besonders hinsichtlich der Menschen in unserem geteilten Lande. Und wir müssen den Führungen in Ostberlin und in den anderen Staaten des Warschauer Paktes deutlich sagen, daß sie sich selbst in eine Gefahrensituation manövrieren, daß sie Selbstbeschädigung begehen, wenn sie auf die Frage nach der Machterhaltung so dogmatisch, so engherzig, so unmenschlich und letztlich so unpolitisch reagieren, wie die SED es mit der Erhöhung des Mindestumtausches getan hat.

(-/24.10.1980/ks/ca)

+ + +



"Zieh zuerst den Balken aus Deinem Auge..."

Anmerkungen zum Entwurf eines Manifestes zu Ehe und Familie des ZdK

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Eine erste Lektüre des vom Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK) vorgelegten Entwurfs für ein Manifest zu Ehe und Familie gibt zu vier Bemerkungen Anlaß:

1. Mit dem vom Zentralkomitee der Deutschen Katholiken betonten Grundsatz, daß die Gesellschaft die Ehe als "partnerschaftliche Lebensgemeinschaft und Institution" braucht, stimmt die SPD voll überein. Wieso sich aber die Tendenzen nach Ansicht des Zentralkomitees mehren sollen, "den Zugriff des Staates auf die Familie, insbesondere im Hinblick auf die Erziehung, zu verstärken", wird nicht belegt und ist unerfindlich. Oder sollte es sich hier noch um einen Text handeln, der vor der Bundestagswahl konzipiert wurde?
2. Wenn die nach dem neuen Eherecht "bedenkliche Rechtsentwicklung" unter anderem mit dem Rückgang der Eheschließungen begründet wird, dann ist zu fragen, von welcher Statistik das Zentralkomitee ausgeht. Nach den offiziellen für jedermann zugänglichen Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist der langjährige schon seit Beginn der 60er Jahre rückläufige Trend gebrochen: Seit 1979 steigt die Zahl der Eheschließungen. Im Jahre 1980 hält diese Aufwärtsbewegung bisher an. Bis August 1980 hatten 244.377 Paare in diesem Jahr die Ehe geschlossen, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von fünf Prozent entspricht.
3. Geradezu in den Wahlkampf versetzt glaubt man sich, wenn man in jenem Entwurf lesen muß, es sei gefährlich, daß dem elterlichen Sorgerecht eine Vorstellung zugrunde liege, die "von Mißtrauen gegen die elterliche Erziehung geprägt" sei. Das neue Sorgerecht ist seit dem 1. Januar 1980 in Kraft. Schon die bisher mit dem neuen Recht gemachten Erfahrungen haben die von dessen Gegnern immer wieder und immer noch beschworenen Gefahren widerlegt.

Der gerade zu Ende gegangene Familiengerichtstag in Brühl hat sich in dieser Richtung mit keinem Sterbenswörtchen geäußert. Und dort waren diejenigen Richter und Rechtsanwälte vertreten, die mit dem neuen Recht umzugehen haben.
4. Die gebotene Steigerung, ja ein wirkliches Crescendo, bringt der Entwurf des Manifestes des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken an der bestehenden Regelung des Schwangerschaftsabbruchs. Statuiert das Zentralkomitee doch, "es sei unmenschlich, daß heute ungeborenes Leben als Preis für Selbstverwirklichung und Freiheit vernichtet" werde. Die geltenden Indikationsregelungen zum Schwangerschaftsabbruch, auch die Notlagenindikation, erlauben gerade diese Gründe zur Strafbefreiung nicht!

Noch ist jener Entwurf nicht beschlossen. Wie heißt es in der Bergpredigt nach dem 7. Kapitel Vers 5 des Evangeliums nach Matthäus (vom Richten) "Zieh zuerst den Balken aus Deinem Auge, dann kannst Du versuchen, den Splitter aus dem Auge Deines Bruders herauszuziehen".
(-/24.10.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

